
SIE HABEN DIE WAHL!

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE POSITIONEN
DER PARTEIEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009



DEINE STIMME GEGEN ARMUT



VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

IMPRESSUM

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn
Telefon: (0228) 94677-0
Fax: (0228) 94677-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Aktionsbüro „Deine Stimme gegen Armut“
Postfach 040140
10061 Berlin
Telefon (030) 24632105
Fax: (030) 28046672
E-Mail: deinestimmegegenarmut@venro.org
Internet: www.deine-stimme-gegen-armut.de

Redaktion: Benjamin Weber (V.i.S.d.P.)
Endredaktion: Kirsten Prestin
Bonn und Berlin, Juli 2009

VENRO ist der Bundesverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören 116 deutsche NRO an, die in der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.

DEINE STIMME GEGEN ARMUT ist eine gemeinsame Aktion von **VENRO**, dem Künstler Herbert Grönemeyer und befreundeten Fachleuten aus der PR- und Medienbranche. Die Aktion fordert mehr Engagement von der Bundesregierung zur fristgerechten Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) ein. Die Aktion versteht sich als Teil der internationalen Kampagne Global Call to Action against Poverty (GCAP). Weltweit ist das „**WEISSE BAND**“ das Symbol der Kampagne.

EINLEITUNG

Die Bundestagswahl 2009 findet in einer Zeit statt, in der die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die nationale wie internationale Politik vor große Herausforderungen stellt. Ging man am Anfang der Krise noch davon aus, dass – anders als beim Klimawandel – diesmal vor allem die Verursacher den Schaden davontragen, wurde schnell klar, welche verheerenden Auswirkungen die Krise auf die ärmeren Länder hat. Die Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt die Folgen der Nahrungsmittel- und Energiekrise der vergangenen beiden Jahre, die die Menschen in den Entwicklungsländern bereits hart getroffen hat. Laut den Vereinten Nationen ist die Zahl der unterernährten und hungernden Menschen inzwischen auf eine Milliarde Menschen angestiegen. Ein zusätzliches Problem sind die Auswirkungen des Klimawandels, die immer deutlicher zutage treten. Schätzungen gehen davon aus, dass weltweit 325 Millionen Menschen unter dem Klimawandel leiden. Ärmere Menschen in den Entwicklungsländern sind besonders betroffen.

Unter dem Eindruck der Krisen gerät die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG), die bis 2015 große Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit erreichen wollen, unter Druck. Die Weltbank sieht bereits erzielte Erfolge in der Armutsbekämpfung durch die Wirtschaftskrise dahinschmelzen. Allein in diesem Jahr geht die Weltbank von einem Anstieg der extrem Armen um mehr als 50 Millionen Menschen aus. Die Entwicklungsländer werden noch weniger Geld einnehmen als sonst, was die Ausgaben für soziale Grundbedürfnisse der Menschen, wie Bildung und Gesundheit, einschränkt. Entwicklungspolitik ist in dieser Zeit mehr denn je gefordert. Die wohlhabenden Staaten dürfen die Entwicklungsländer in dieser Zeit nicht alleine lassen. Im Gegenteil müssen sie ihre Entwicklungsbemühungen verstärken und gegebene Versprechen einhalten.

Welchen Stellenwert und welche Rolle die Parteien der Entwicklungspolitik geben, soll im Vorfeld der Bundestagswahl in dieser Publikation untersucht werden. Die Grundlage dafür bilden die Wahlprogramme zur Bundestagswahl. Zusätzliche Quellen sind die Antworten, die die Parteien auf den „Entwicklungspolitischen Fragenkatalog“ von VENRO/Deine Stimme gegen Armut gegeben haben, und andere grundlegende Dokumente der Parteien zur Entwicklungspolitik. Diese zusätzlichen Quellen wurden aber nur zur Ergänzung an einigen Stellen herangezogen.

Die vorliegende Analyse orientiert sich an entwicklungspolitisch relevanten Schwerpunkten, die sich aus dem Forderungspapier von VENRO zur Bundestagswahl 2009 ableiten. Dabei geht es um Themen, die die entwicklungspolitische Debatte bereits länger begleiten, wie beispielsweise Entwicklungsfinanzierung und Welthandel, aber auch um Themen, die vor einigen Jahren noch nicht die Bedeutung im entwicklungspolitischen Diskurs hatten wie heutzutage. So ist inzwischen der Klimawandel eine der größten Herausforderungen, auch und besonders für die Entwicklungspolitik. Die Schwerpunkte der Analyse sind:

Ziele der Entwicklungspolitik
Mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit
Globale Wirtschafts- und Finanzkrise
Gerechter Welthandel
Klimawandel

Alle, die sich weitergehend mit den entwicklungspolitischen Positionen der Parteien auseinandersetzen wollen, finden auf unserer Sonderseite zur Bundestagswahl 2009 die Antworten der Parteien auf unseren entwicklungspolitischen Fragenkatalog.

¹ Die Analyse beschränkt sich dabei auf die im Bundestag vertretenen Parteien, die eine realistische Chance haben, in den neuen Bundestag einzuziehen, also CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

² <http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/themen/bundestagswahl.html>



ZIELE DER ENTWICKLUNGSPOLITIK

4 Die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) bis 2015 und damit die Bekämpfung der weltweiten Armut muss aus unserer Sicht erste Priorität der Entwicklungspolitik sein. Deutschland sollte seine Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern an den Zielen der Ernährungssicherung, Gesundheit und Bildung für alle sowie Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung ausrichten. Die neue Bundesregierung sollte 2010 einen MDG-Aktionsplan vorlegen, der festlegt, was sie bis 2015 unternimmt, um die MDG umzusetzen. Wichtig ist, dass alle Politikbereiche das Ziel der Armutsbekämpfung unterstützen. Die Entscheidungen der Außen-, Wirtschafts-, Handels-, Landwirtschafts-

und Umweltpolitik dürfen die Anstrengungen der Entwicklungspolitik nicht unterlaufen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll erhalten bleiben und die entwicklungspolitischen Aktivitäten der gesamten Bundesregierung koordinieren.

Erfolgreiche Entwicklungspolitik braucht außerdem entsprechende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Inland. Deshalb fordern wir in Anlehnung an die Empfehlung des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), zwei bis drei Prozent der staatlichen Entwicklungsgelder für die inländische Bildungsarbeit zu verwenden.

MILLENNIUMENTWICKLUNGSZIELE (MDG)

Die acht Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) für das Jahr 2015 leiten sich aus der UN-Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 ab, in der sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, also auch Deutschland, auf einen internationalen Handlungsrahmen für das 21. Jahrhundert verständigt haben. Das Besondere bei der Formulierung der Ziele: Es ist eine genaue Zeit vorgegeben, bis wann sie erreicht werden sollen und es sind genaue Vorgaben genannt, wann die Ziele als erreicht gelten.

1. Hunger und extreme Armut bis 2015 halbieren
2. Grundschulbildung für alle Kinder
3. Gleichstellung und stärkere Beteiligung von Frauen
4. Kindersterblichkeit verringern
5. Gesundheit von Müttern verbessern
6. HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen
7. Nachhaltigen Umgang mit der Umwelt sichern
8. Aufbau einer weltweiten Partnerschaft für Entwicklung

Die MDG der Vereinten Nationen sind in den Wahlprogrammen der **SPD, Grünen, Linken** und der **FDP** ein klarer Bezugspunkt der Entwicklungspolitik. Sie alle sehen Deutschland in der Pflicht, die MDG umzusetzen. Lediglich im Wahlprogramm der **CDU/CSU** werden die MDG nicht ausdrücklich erwähnt, sondern allgemein Armutsbekämpfung als Kernanliegen der Entwicklungspolitik angeführt.

Die **FDP** macht als Hauptursache für Armut ineffiziente und undemokratische Systeme in den Entwicklungsländern aus. Deshalb sieht sie die Unterstützung guter Regierungsführung und einer sich selbst tragenden Wirtschaft als zentrale Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Eine funktionierende Wirtschaft führt, so das Wahlprogramm der **FDP**, zur Verbesserung der Ernährungssituation, der Gesundheitsversorgung und der Grundbildung. So will die **FDP** auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern stärken und privatwirtschaftliche Investitionen durch bessere Verknüpfung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit fördern. Die **FDP** will sich zudem bei der Bekämpfung von HIV/Aids und der Verbesserung der sanitären Grundversorgung besonders engagieren. Bildung und Geschlechtergerechtigkeit finden sich im Text nicht. Insgesamt will sich die **FDP** in ihrer Außenpolitik konsequent für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Ein eigenständiges Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit halten die Liberalen für überflüssig und fordern die Überführung der Entwicklungspolitik ins Auswärtige Amt. Mit dieser Forderung dürften sie bei allen anderen Parteien auf Widerstand stoßen. Die **SPD**, die **Grünen** und die **Linke** wollen ein eigenständiges Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit erhalten. Die **CDU/CSU** erwähnt dies nicht ausdrücklich in ihrem Programm, will aber die Entwicklungspolitik als eigenständiges Politikfeld stärken, welches die entwicklungspolitischen Aktivitäten Deutschlands koordiniert. Außerdem betont der entwicklungspolitische Sprecher der **CDU/CSU** Bundestagsfraktion in seiner Antwort auf den Fragenkatalog von VENRO/Deine Stimme gegen Armut, dass die Union das BMZ erhalten will.

Die **Grünen** sehen die wichtigsten Aufgabenfelder der Entwicklungspolitik im Klima- und Umweltschutz, bei der ländlichen Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung von Kleinbauern, der zivilen Konfliktprävention und der sozialen Sicherung. Dabei soll sich die Entwicklungszusammenarbeit verstärkt an den Bedürfnissen der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen ausrichten, geschlechtersensible Ansätze berücksichtigen und die Partnerschaft mit Afrika intensivieren. Bildung findet sich nicht im Programm. Die Grünen fordern zudem, dass Handels-, Klima-, Umwelt- und Außenwirtschaftspolitik entwicklungsverträglicher ausgerichtet werden. Sie unterstützen die Forderung

der Zivilgesellschaft, einen MDG-Aktionsplan für die Zeit bis 2015 aufzulegen. Auch für die Grünen spielen die Menschenrechte eine hervorgehobene Rolle. Im Zusammenhang mit Entwicklungspolitik betonen sie das Recht auf Entwicklung, Nahrung sowie Gesundheit.

Die **Linke** ist ebenfalls dafür, einen MDG-Aktionsplan aufzulegen, betont in ihren Antworten auf den Fragenkatalog von VENRO/Deine Stimme gegen Armut aber auch, dass die MDG nicht hinreichend für eine nachhaltige Entwicklung sind. Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit ist nur möglich, wenn es einen Systemwechsel in der Wirtschaft-, Finanz-, Energie-, Handels- und Agrarpolitik gibt. Die vorrangigen entwicklungspolitischen Ziele der Linken sind, selbstbestimmte Entwicklung und Ernährungssouveränität in den Entwicklungsländern zu stärken. Frauenförderung will die Linke zudem zu einem Schwerpunkt der Entwicklungspolitik machen und dabei auch besonders Grundbildung und Weiterbildungsmaßnahmen berücksichtigen. Die Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf eigene wirtschaftliche Vorteile lehnt die Linke ab. Entwicklungspolitik soll sich an ziviler Konfliktprävention, Völkerrecht und Menschenrechten sowie aktiver Friedenspolitik orientieren.

Die **SPD** hebt in ihrem Wahlprogramm hervor, dass sie das entwicklungspolitische Engagement Deutschlands verstärken will. Zentrale Antriebsfedern dafür sind globale Solidarität und der Kampf gegen Armut. Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil der „globalen Verantwortungsgemeinschaft“, die die **SPD** anstrebt. Sie will sich besonders auf Afrika konzentrieren und die Entwicklungszusammenarbeit vor allem auf ländliche Entwicklung, Klimaanpassung, Erneuerbare Energien, soziale Sicherungssysteme, effizientere Steuersysteme und Frauenrechte ausrichten. Bildung und Gesundheit kommen im Wahlprogramm der **SPD** nicht vor.

Für die **CDU/CSU** gehören Menschenrechts- und Entwicklungspolitik zusammen. Sie will, dass die Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit an gute Regierungsführung und die Einhaltung von Menschenrechten geknüpft wird. Die Entwicklungszusammenarbeit soll sich auf die Bereiche Wirtschaft und Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Frieden und Sicherheit, Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz konzentrieren. Geschlechtergerechtigkeit wird im Programm nicht erwähnt. Die **CDU/CSU** betont, dass Entwicklungspolitik auf der Verantwortung für den Menschen und die Schöpfung beruht, aber auch eine „strategische Partnerschaft“ ist, die den Interessen Deutschlands dient. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern will die Union ausbauen und die deutsche Wirtschaft mehr in die Entwicklungszusammenarbeit einbinden.



MEHR UND BESSERE ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT

6

Entwicklungszusammenarbeit braucht Geld. Wir fordern, dass Deutschland den EU-Stufenplan zur Entwicklungsfinanzierung von 2005 umsetzt. Der Plan bedeutet für Deutschland die Erhöhung des Entwicklungsbudgets auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2010 bzw. 0,7 Prozent des BNE bis spätestens 2015. 2007 und 2008 lag die Quote bei 0,37 Prozent bzw. 0,38 Prozent. Schuldenerlasse für Entwicklungsländer sind aus unserer Sicht unbedingt notwendig, sollten aber nicht auf die staatlichen Entwicklungsgelder angerechnet werden. Die oben genannten Finanzierungsziele sollen durch „frisches Geld“ erreicht werden. Sogenannte innovative Finanzierungsinstrumente können dazu

einen wichtigen Beitrag leisten. Wir wollen die Einführung der Flugticketabgabe und der Finanztransaktionssteuer, deren Erlöse die Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit ergänzen sollen.

Um bessere Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen, müssen die Partnerländer mehr Verantwortung für ihre Entwicklung übernehmen und ihre demokratischen Institutionen stärken. Die Budgethilfe, bei der das Geld direkt in den öffentlichen Haushalt des Partnerlands überwiesen wird, kann unter der Voraussetzung guter Regierungsführung ein geeignetes Instrument zur Erreichung dieses Ziels sein.

ENTWICKLUNGSHILFE

Die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit werden als Official Development Assistance (ODA) bezeichnet. Neben dem absoluten ODA-Betrag ist die ODA-Quote eine zentrale Kennziffer. Damit ist das Verhältnis von Entwicklungsausgaben im Vergleich zur Wirtschaftskraft eines Landes (Bruttonationaleinkommen, BNE) gemeint. Deutschland hat im Jahr 2008 insgesamt 13,9 Milliarden US-Dollar ODA geleistet, 5,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die ODA-Quote lag bei 0,38 Prozent. 2009 wird die ODA-Quote vermutlich auf 0,41 Prozent steigen.

Die offiziellen ODA-Zahlen werden vom Entwicklungsausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht. Der DAC legt in Absprache mit den Mitgliedsstaaten der OECD fest, was als Entwicklungshilfe zählt. Derzeit können die Geberländer auch Schuldenerlasse an arme Länder und Ausgaben für ausländische Studierende als ODA deklarieren.

Was die Zusagen zur Finanzierung von Entwicklung und der MDG angeht, nämlich 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, sind sich die Parteien einig. Allerdings erwähnen nur die **SPD** und die **Grünen** ausdrücklich, dass dieses Ziel bis 2015 erreicht werden soll. Die **SPD** erwähnt in ihrem Wahlprogramm als einzige Partei auch die Zielmarke des EU-Stufenplans, 0,51 Prozent des BNE bis 2010 für Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Bei **CDU/CSU** und der **Linken** findet sich das international anerkannte Zeitziel 2015 nicht. Auch die **FDP** zeigt sich deutlich zurückhaltender und spricht allgemein von den internationalen Verpflichtungen Deutschlands, die sie einhalten will. Stattdessen betont sie, die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit stärker in den Mittelpunkt stellen zu wollen als die Höhe der Gelder.

Innovative Finanzierungsinstrumente, die zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen sollen, finden sich in den Wahlprogrammen von Die **SPD** und **Grünen**. Die **Grünen** wollen sich für die Finanztransaktionssteuer und die Flugticketabgabe engagieren, um mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen zu können. Auch die **SPD** will innovative Finanzierungsquellen nutzen, führt aber nicht näher aus, welche das sein könnten. Einen Teil der Erlöse aus dem Emissionshandel will sie für Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz einsetzen. Außerdem fordert sie an anderer Stelle ihres Wahlprogramms, eine Börsenumsatzsteuer einzuführen. Allerdings stellt die **SPD** diese Forderung nicht in den Zusammenhang der Entwicklungsfinanzierung. Zudem will die **SPD** das Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben angehen. Die **Linke** will grundsätzlich die Börsenumsatzsteuer, eine Kerosinsteuer und die Flugticketabgabe einführen. Sie legt sich in ihrem Wahlprogramm nicht darauf fest, die Erlöse für die Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen. In ihren Antworten auf den Fragenkatalog von VENRO/Deine Stimme gegen Armut spricht sie allerdings davon, die

Flugticketabgabe sowie globale Steuern auf Kohlendioxid und Finanztransaktionen zur Verwendung für Klimaschutz und Entwicklung einführen zu wollen. Die **FDP** ist gegen die Einführung von zusätzlichen Steuern oder sonstigen Abgaben zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit. In ihrem Wahlprogramm geht sie auf dieses Thema nicht ein, macht aber in ihren Antworten auf unseren Fragenkatalog deutlich, dass sie von der Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente nichts hält. Die Erlöse aus dem Emissionshandel sollen nach Willen der **FDP** in die Senkung der Stromsteuer investiert werden. Die **CDU/CSU** äußert sich in ihrem Wahlprogramm nicht zu innovativen Finanzierungsquellen für Entwicklungszusammenarbeit. Das Emissionshandelssystem unterstützt sie und will die Erlöse zum Teil auch für die Klimaanpassung nutzen. Allerdings stellt sie dabei keinen ausdrücklichen Bezug zur Klimaanpassung in Entwicklungsländern her.

Schuldenerlasse für Entwicklungsländer in die offizielle Entwicklungshilfe einzurechnen, wird im Grunde nur von der **Linken** abgelehnt. Auch wenn **CDU** und **SPD** dies in ihren Wahlprogrammen nicht thematisieren, war dies doch gängige Praxis während ihrer noch andauernden Regierungszeit. In ihrer Antwort auf den Fragenkatalog stellen sowohl **Grüne** als auch **CDU/CSU** klar, dass sie es für sinnvoll halten, Schuldenerlasse in die offizielle Entwicklungshilfe mit einzurechnen. Die **FDP** äußert sich zu diesem Thema nicht.

Die Budgethilfe, mit der Geld für Entwicklung an die Partnerregierungen in Entwicklungsländern gezahlt wird, ist bei den Parteien sehr umstritten. Betont positiv äußern sich nur die **Grünen** zur Budgethilfe, die sie aufwerten wollen. Eine zurückhaltende bis negative Haltung zur Budgethilfe klingt in den Wahlprogrammen der **CDU/CSU** und der **FDP** durch. Die **SPD** wie auch die **Linke** gehen in ihrem Wahlprogramm nicht auf die Budgethilfe ein. Die **Linke** steht in ihrer Antwort auf unseren Fragenkatalog grundsätzlich hinter der Budgethilfe.



Globale Wirtschafts- und Finanzkrise

Aus unserer Sicht unterstreicht die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise die Notwendigkeit, globale Probleme unter Beteiligung aller Staaten zu lösen. Die Vereinten Nationen (UN) sollten dafür die Basis sein. Die G8 und die in der Krise aufgewerteten G20 sind nicht repräsentativ und schließen vor allem die Entwicklungsländer aus, obwohl diese am stärksten unter der Krise leiden. Wir fordern eine Weltwirtschaft, die Mensch und Umwelt nicht belastet. Deshalb setzen wir uns für Regeln und Standards ein, die der Weltwirtschaft einen sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen vorgeben. Die Aufgabe, diesen Ordnungsrahmen umzusetzen und zu überwachen, soll ein Rat der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Fragen übernehmen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank,

die starken Einfluss auf wirtschafts- und finanzpolitische Prozesse haben, müssen reformiert werden und Schwellen- und Entwicklungsländern mehr Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen. Die Weltwirtschaftskrise erfordert zudem weitere Schuldenerlasse für ärmere Länder. Besonders Entwicklungsländer brauchen während der Krise ihre Staatseinnahmen für wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen und können es sich nicht erlauben, Millionenbeträge zur Rückzahlung von Schulden auszugeben. Für zahlungsunfähige Staaten sollte ein internationales Insolvenzverfahren eingerichtet werden. Außerdem fordern wir, dass die Staatengemeinschaft wirksam gegen Steueroasen vorgeht, die den Staaten, Entwicklungs- wie Industrieländern, wichtige Steuereinnahmen entziehen.

WER MACHT WAS? G8, G20, IWF, WELTBANK, UN

G8: Die „Gruppe der Acht“ ist ein informeller Zusammenschluss der sieben wichtigsten Industrienationen der Welt und Russland. Einmal im Jahr treffen sich die Staats- und Regierungschefs zum G8-Gipfel. Ihre Entscheidungen sind zwar nicht rechtlich bindend, senden aber doch wichtige Signale aus: Was die acht Staatschefs beschließen, betrifft Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Zu den G8-Staaten gehören: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA.

G20: Eigentlich treffen sich unter der Bezeichnung „G20“ seit 1999 die Finanzminister und Zentralbankchefs der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sowie der EU, um über Fragen des internationalen Finanzsystems zu sprechen. Vor dem Hintergrund der globalen Finanzkrise erlangte die „G20“ neue Bedeutung. Zum „Weltfinanzgipfel“ im November 2008 in Washington (USA) reisten neben den Finanzministern erstmals zahlreiche Staats- und Regierungschefs an. Das nächste Treffen der G20 findet Ende September 2009 in Pittsburgh (USA) statt.

G192 oder **UN:** Wenn von „G192“ die Rede ist, sind die Vereinten Nationen (UN) gemeint, in denen fast alle Staaten der Erde Mitglied sind. Jedes Jahr tagt die UN-Generalversammlung in New York. Bei UN-Gipfeln zu Einzelthemen werden wichtige Erklärungen verabschiedet, beispielsweise die Millenniumserklärung mit den MDG (2000) oder das Kyoto-Protokoll (1997).

IWF und **WELTBANK:** Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank sind Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und haben ihren Sitz in Washington (USA). Zu den Aufgaben des IWF gehören unter anderem die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Stabilisierung von Wechselkursen und Kreditvergabe an Länder, die Bedarf haben.

Die Kernaufgabe der Weltbank ist, die wirtschaftliche Entwicklung von UN-Mitgliedsländern durch finanzielle und technische Hilfe sowie Beratung und technische Hilfe zu fördern. Beide Institutionen werden immer wieder heftig kritisiert, weil sie gerade schwachen Ländern Bedingungen diktieren und tendenziell die Interessen der reichen Länder vertreten, die in den Strukturen der Organisationen den größten Einfluss haben.

Die **SPD** sieht in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise gute Möglichkeiten, die Finanzwelt neu zu ordnen. Sie will mehr Transparenz und Kontrolle auf den Märkten und die Akteure besser beaufsichtigen. Den IWF und die Weltbank wollen die Sozialdemokraten stärken und die Schwellenländer mit mehr Rechten und Pflichten in diese Institutionen einbinden. Die **SPD** will eine starke UN, die sie als oberste Instanz einer globalen Ordnung sieht. Auf lange Sicht setzt sich die **SPD** für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen ein, der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik aufeinander abstimmen soll. Die **SPD** will auch weiterhin die G8 zur politischen Globalisierung nutzen und sie dafür um wichtige Schwellenländer, wie zum Beispiel China, erweitern. Ein internationales Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten hat die **SPD** nicht in ihr Wahlprogramm aufgenommen. **SPD**-Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul hatte in der Vergangenheit ein Insolvenzverfahren für Staaten bei mehreren Gelegenheiten unterstützt. Zudem kündigt die **SPD** an, die Verlagerung von Geldern in Steueroasen konsequent zu bekämpfen. Auch die **Linke** und die **Grünen** wollen sich dafür einsetzen, Steueroasen „auszutrocknen“.

Die **CDU/CSU** will eine starke, handlungsfähige und effiziente UN, die sie für unverzichtbar zur Lösung der globalen Probleme halten. Die Gestaltung der Globalisierung, die Verhinderung von Wirtschaftskrisen, die Begrenzung des Klimawandels und die Sicherung der Energieversorgung erfordern die Zusammenarbeit der Staaten, so die Union. Sie setzt auch weiterhin auf die G8 zur Lösung der globalen Probleme. Die Einbindung wichtiger Schwellenländer in den G8-Rahmen will die **CDU/CSU** weiter vorantreiben. Der weitreichende Vorschlag Angela Merkels, den sie Anfang Januar bei einer Rede in Paris präsentierte, findet sich im Wahlprogramm der **CDU/CSU** nicht wieder. Bei ihrer Rede auf einem Kongress in Paris zum Thema „Neue Welt. Neuer Kapitalismus“ sprach sie von einem einflussreichen Weltwirtschaftsrat bei den Vereinten Nationen, der auf Basis einer UN-Charta für langfristiges internationales Wirtschaften arbeiten könnte.

Die **Grünen** kritisieren grundsätzlich, dass die G8 und die G20 nicht repräsentativ sind, und betonen, dass es notwendig ist, bei globalen Problemen alle Regionen an der Lösung teilhaben zu lassen. Deshalb sind für sie die UN zentral für eine internationale Ordnung. Sie fordern, den IWF und die Weltbank zu demokratisieren und langfristig alle Institutionen, die global wichtige Entscheidungen treffen, unter das Dach der UN zu stellen. Den Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) wollen die **Grünen** aufwerten. In ihrer Antwort auf unseren Fragenkatalog führen die **Grünen** weiter aus, dass sie die globale Koordination von Sozial-, Umwelt-, Finanz- und Wirtschaftspolitik durch einen starken Weltwirtschaftsrat anstreben.

Die **Linke** sieht ebenfalls die UN an erster Stelle, wenn es um die Lösung globaler Probleme geht. Bei Ernährung, Klimawandel, Wasser- und Energieversorgung sowie bei der Reform der Weltwirtschaftsordnung soll die UN die entscheidende Instanz sein. In den Antworten auf unseren Fragenkatalog plädiert die **Linke** zudem für einen UN-Entwicklungsrat, der eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung steuern soll.

Auch die **FDP** hält es für nötig, dass globale Lösungen mehr Beteiligte brauchen, und setzt sich für eine Reform der UN ein, die die politischen und ökonomischen Realitäten abbildet. Alle wesentlichen Akteure, vor allem die Schwellenländer, müssten in die Bearbeitung globaler Fragen einbezogen werden, so die **FDP**.

Eine internationale Insolvenzordnung beziehungsweise faire Schiedsverfahren für Staaten, die aufgrund ihrer hohen Verschuldung zahlungsunfähig sind, befürworten **FDP**, **Linke** und **Grüne**. Die **Linke** und die **Grünen** erwähnen dies auch explizit in ihrem Wahlprogramm. Um Insolvenzen zu umgehen und besonders die Entwicklungsländer in der Wirtschafts- und Finanzkrise zu entlasten, sollten ihnen weitere Schulden erlassen werden. Die **Grünen** wollen ebenso wie die **FDP** weitere Entschuldungsinitiativen für die ärmsten Länder. **Linke** und **Grüne** sprechen sich auch dafür aus, sogenannte „illegitime Schulden“ zu streichen.

„ILLEGITIME SCHULDEN“

„Illegitime Schulden“ sind Schulden, die ohne die Zustimmung der Bevölkerung eines Landes angehäuft wurden und eine wirtschaftliche Verwendung der Gelder nicht vorgesehen war. Viele Diktatoren wurden von Geldgebern mit Krediten ausgestattet, obwohl diese wussten, dass die Bevölkerung mit dem Geld unterdrückt und geschädigt wird. Das Apartheid-Regime in Südafrika, die Regime der Diktatoren Marcos in den Philippinen, Suharto in Indonesien, Mobutu im Zaire oder die Militärdiktaturen in Lateinamerika legten gemeinsam mit ihren Gläubigern den Grundstock für eine Schuldenlast, an der die Bevölkerungen heute noch zu tragen haben.



WELTHANDEL

10

Der Welthandel muss dringend entwicklungsfreundlicher werden. Es kommt immer wieder vor, dass die Europäische Union (EU) Bauern bei der Ausfuhr von Agrarprodukten finanziell unterstützt, zurzeit zum Beispiel bei Milchprodukten. Darunter leiden die Bauern in den Entwicklungsländern, denn ihre Erzeugnisse haben auf ihren eigenen Märkten oft keine Chance gegen die billigen Produkte aus der EU. Die neue Bundesregierung und der neue Bundestag müssen sich für die sofortige und dauerhafte Abschaffung der Agrarexportsubventionen der EU einsetzen. Außerdem müssen die Entwicklungsländer in der Welthandelsordnung das Recht

bekommen, ihre Märkte vor der übermächtigen Konkurrenz aus den Industrieländern zu schützen, insbesondere um eine eigenständige Nahrungsmittelproduktion gewährleisten zu können. Eine armutsorientierte Welthandelsordnung braucht zudem die Anwendung internationaler sozialer und ökologischer Grundsätze, wie Kernarbeitsnormen und verantwortliche Unternehmensführung. Schließlich benötigen wir weniger strikte Patentregeln bei lebenswichtigen Medikamenten, damit sie zur Behandlung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten für die Menschen in Entwicklungsländern bezahlbar werden.

AGRAREXPORTE SUBVENTIONEN

Die Europäische Union subventioniert immer wieder den Export landwirtschaftlicher Produkte aus Europa. Dadurch liegen die Preise dieser Produkte erheblich unter den Produktionskosten in Europa und den Zielländern. Kleinbauern in Entwicklungsländern haben keine Chance mit den verbilligten Waren aus Europa mithalten, werden von den Märkten verdrängt und verlieren ihre Existenzgrundlage.

Zum Beispiel subventioniert die Europäische Kommission seit Januar 2009 mit Steuergeldern den Export von europäischen Milchprodukten. Mit Hilfe der Subventionen bringen exportorientierte Molkereien und Lebensmittelkonzerne ihre Milchprodukte zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt, auch auf die Märkte in Entwicklungsländern.

Die **CDU/CSU** will bessere Rahmenbedingungen, die die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel ermöglicht. Dabei müssen Umwelt- und Sozialstandards, aber auch die Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums, also die Patentregelungen, eingehalten werden. Die Union bekennt sich zum freien Handel und lehnt Protektionismus ab. Allerdings lehnt das Programm der **CDU/CSU** die Agrarexportsubventionen nicht explizit ab, sondern betont im Gegenteil, dass die Union verstärkt Exportmärkte für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft erschließen und die Exportoffensive fortsetzen will. Zumindest schreibt der entwicklungspolitische Sprecher der **CDU/CSU**-Bundestagsfraktion in der Antwort auf unseren Fragenkatalog, dass Agrarexportfördermaßnahmen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen weltweit abgeschafft werden sollen. Außerdem sollen den Entwicklungsländern auch zeitlich begrenzte Schutzmöglichkeiten zugestanden werden.

Auch die **SPD** tritt für freien Welthandel ein, der aber fair ausgestaltet sein soll. Sie will die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel verbessern und die Agrarexportsubventionen beenden. In der Welthandelsorganisation (WTO) sollten soziale und ökologische Mindeststandards verankert werden, so die **SPD**.

Freihandel statt Protektionismus ist auch das Credo der **FDP**. Die stockenden WTO-Verhandlungen der sogenannten Doha-Runde sollen in diesem Sinne wieder aufgenommen werden. Für die **FDP** gehören Agrarex-

portsubventionen abgeschafft, und – so ihre Ausführungen zum VENRO-Fragenkatalog – der einseitige und unkonditionierte Abbau bestehender Handelsbarrieren auf Seiten der EU sollte notfalls in Erwägung gezogen werden, wenn es der Stärkung des Freihandels dient.

Die **Grünen** und die **Linke** sehen uneingeschränkten Freihandel etwas kritischer. In der „ökologisch-solidarischen Welthandelsordnung“, welche die **Grünen** anstreben, soll die Handelsliberalisierung nicht einseitig im Zentrum bei der Gestaltung des Welthandels stehen. Nicht nur Agrarexportsubventionen der Industrieländer müssen abgeschafft werden, sondern die Entwicklungsländer sollen gleichzeitig das Recht erhalten, sich gegen verbilligte Waren, die ihre Märkte und Entwicklung gefährden, zu schützen.

Dies sieht auch die **Linke** so, die wie die **Grünen** auf die Achtung des Rechts auf Nahrung im Welthandel pocht. Als Gegenpol zur globalen Handelspolitik will sie die regionalen Märkte in den Entwicklungsländern stärken. Die **Linke** fordert zudem, die Patentregelungen der WTO zu überarbeiten und Lizenzen für preiswerte Medikamente an Entwicklungsländer auszugeben. Den Patentschutz für Medikamente sehen auch die **Grünen** kritisch. Dieser darf nicht das Recht auf Gesundheit gefährden, indem lebenswichtige Medikamente für die Menschen in Entwicklungsländern unerschwinglich werden. **SPD, CDU/CSU** und **FDP** äußern sich nicht ausdrücklich zu diesem Thema.

11

PATENTE UND MEDIKAMENTE

Entwickelt ein Pharmaunternehmen ein neues Medikament kann es ein Patent anmelden, um seine Forschungsbemühungen zu schützen. Das bedeutet, dass das Unternehmen über einen Zeitraum von 20 Jahren keine Konkurrenz bei der Produktion des Medikaments zu befürchten hat. Vor allem bei Krankheiten wie HIV/Aids oder Malaria, die ganz besonders häufig arme Menschen treffen, wird dadurch aber die Behandlung mit wirksamen Medikamenten gefährdet. Denn die Preise bestimmt allein das Unternehmen und die sind meist zu hoch für die betroffenen Menschen. Deshalb muss es dringend eine Lösung geben, die die Produktion günstiger Medikamente für HIV/Aids oder Malaria ermöglicht. Dafür müssen die Patentregeln entsprechend neu ausgestaltet werden.



KLIMAWANDEL

12

Der Klimawandel trifft die ärmsten Länder und Menschen besonders hart. Sie haben kaum finanzielle und technische Möglichkeiten, sich gegen die Folgen der klimatischen Veränderungen, wie zunehmende Wetterextreme von Dürren bis Überflutungen, zu schützen. Sie brauchen deshalb die Unterstützung der reichen Länder, die maßgeblich den Klimawandel verursacht haben, um sich an seine Folgen anzupassen und eine eigene klimafreundliche Energieerzeugung aufzubauen.

Die Folgen des Klimawandels müssen möglichst gering gehalten und die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius begrenzt werden. Dafür müssen die Industrieländer ihren Ausstoß an Treibhausgasen

reduzieren. Bis 2020 müssen die CO₂-Emissionen der Industrieländer um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Die Hauptverursacher des Klimawandels müssen außerdem die Entwicklungsländer bei der Klimaanpassung finanziell unterstützen. Dafür sollten sie auch auf die Erlöse aus dem Handel mit Emissionsrechten zurückgreifen. Die Klimaanpassung ist aus unserer Sicht zwar Teil der Entwicklungspolitik, trotzdem sollte die finanzielle Unterstützung der Industrieländer dafür nicht zulasten der angestrebten 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit gehen. Es geht also um 0,7 Prozent plus Klimaanpassungsleistungen.

EMISSIONSHANDEL

Der Emissionshandel ist ein Instrument, um den Ausstoß von klimaschädigenden Abgasen zu reduzieren. Zunächst wird festgelegt, wie viel CO₂, zum Beispiel eine bestimmte Unternehmensbranche ausstoßen darf. Für diese Menge werden dann sogenannte Emissionszertifikate ausgegeben bzw. verkauft, die zur Emission dieser CO₂-Menge berechtigen. Der europäische Emissionsrechtelandel (ETS) ist derzeit weltweit einmalig. Aktuell begrenzt der europäische Emissionshandel den CO₂-Ausstoß von etwa 12.000 industriellen Anlagen in der EU.

Durch den Verkauf der Emissionsrechte will Deutschland auch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern unterstützen. Im Jahr 2008 standen etwa 120 Millionen Euro aus den Erlösen dafür zur Verfügung.

Die **Grünen** wollen eine „aktivierende Klimapartnerschaft“, in der die Klimapolitik und das Recht auf Entwicklung in Einklang gebracht werden. Die Verursacher des Klimawandels, also in erster Linie die Industrieländer, müssen ihren CO₂-Ausstoß stark reduzieren und Verantwortung für die Folgen der klimatischen Veränderungen übernehmen. Das heißt, die Industrieländer sollen die Entwicklungsländer bei der Klimaanpassung weitgehend finanziell und technisch unterstützen. Die **Grünen** sind dafür, den Emissionshandel weltweit einzuführen, und setzen sich dafür ein, dass in den Industrieländern die CO₂-Emissionen bis 2050 um deutlich mehr als 80 Prozent gesenkt werden (Vergleichsjahr 1990). In Deutschland sollen bis 2020 mindestens 40 Prozent weniger CO₂ in die Luft gehen. In ihrer Antwort auf unseren Fragenkatalog positionieren sich die **Grünen** dagegen, die finanzielle Hilfe zur Klimaanpassung in das 0,7-Prozent-Ziel einzurechnen. Trotzdem können Klimaschutz und Anpassung nicht getrennt von der Entwicklungszusammenarbeit gesehen werden. Vielmehr solle es ein „Klima-Mainstreaming“ aller Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit geben.

Die **FDP** sieht den Klimawandel als globale Herausforderung, die im Rahmen der Vereinten Nationen angegangen werden muss. In ihrem Wahlprogramm begrüßt sie die Entscheidung der EU, bis 2020 20 Prozent CO₂ im Vergleich zu 1990 einzusparen, hält aber 30 Prozent für erforderlich. Langfristig sieht sie einen Entwicklungspfad für notwendig, der die CO₂-Emissionen der Industrieländer bis 2050 um 60 bis 80 Prozent senkt. Auch die **FDP** will die CO₂-Emissionen über den Emissionshandel steuern, den sie ausweiten will. Die Erlöse aus dem Emissionshandel sollen allerdings nicht, wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, in den Klimaschutz und die Entwicklungszusammenarbeit fließen, sondern die Senkung der Stromsteuer finanzieren.

Die **Linke** sieht die Industrieländer ebenfalls in der Pflicht, eine Vorreiterrolle einzunehmen, und fordert, dass Deutschland seine CO₂-Emissionen bis 2020 um 50 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent reduziert. Die historische Verantwortung des Nordens für den Klimawandel bedeutet für die **Linke**, dass die Gelder für die Finanzierung von Anpassungen in Entwicklungsländern Ausgleichszahlungen sein müssen, die nicht in das 0,7-Prozent-Ziel zur Entwicklungsfinanzierung

eingerechnet werden dürfen. Die **Linke** kritisiert das bisherige Emissionshandelssystem, welches sie als unwirksam ansieht, da die Vorgaben zur CO₂-Verringerung zu schwach seien und eine entwicklungspolitische Steuerung fehle.

Die **SPD** will die CO₂-Emissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent senken und steht zudem hinter dem internationalen Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu verringern. Zu der Frage, ob die Hilfe zur Anpassung für Entwicklungsländer mit in das 0,7-Prozent-Ziel zur Entwicklungsfinanzierung eingerechnet werden soll, findet sich im Wahlprogramm keine Aussage. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (**SPD**) hat in einem Text zu Klimawandel und globaler Armut die Auffassung vertreten, dass die notwendigen Mittel für Klimaschutz und Klimaanpassung bis 2015 über die geplante Erhöhung der Entwicklungsmittel auf 0,7 Prozent des BNE eingebracht werden können. Sie setzt sich aber auch dafür ein, über 2015 hinaus zu denken. Nach 2015 müssen die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit weiter erhöht werden, um Klimaschutz und Klimaanpassung zu finanzieren. Neben der Steigerung öffentlicher Haushaltsmittel sollen auch die Erlöse aus dem Emissionshandel dafür verwendet werden. Dieses Ziel, die teilweise Verwendung der Erlöse aus dem Emissionshandel für den internationalen Klimaschutz, findet sich auch im Wahlprogramm der **SPD** wieder.

Auch die **CDU/CSU** legt sich in ihrem Wahlprogramm darauf fest, den Ausstoß an Kohlendioxid in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 senken zu wollen. Sie äußert sich nicht zu einem längerfristigen Reduktionsziel bis 2050, erkennt aber an, dass die Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius begrenzt werden muss. Die Union sieht den europäischen Emissionshandel als geeignetes Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele an und strebt die Weiterentwicklung des Emissionshandels zu einem globalen System an. Mit den Erlösen aus dem Emissionshandel will die **CDU/CSU** auch Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Vorbeugung gegen die Folgen des Klimawandels finanzieren. Sie stellt allerdings, wie in Punkt 2 bereits erwähnt, keinen Bezug zur notwendigen Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Klimaanpassung her.

FAZIT UND ABSCHLIESSENDE EMPFEHLUNGEN

Es gibt einige Bereiche, in denen die Parteien scheinbar nicht so weit auseinanderliegen und mit den Positionen der Zivilgesellschaft nahezu übereinstimmen. Oft ist es aber der Ton zwischen den Zeilen, der die Musik macht. Auch die Art und Weise, wie bestimmte Themen erwähnt oder auch nicht erwähnt werden, lassen durchaus Unterschiede sowohl zwischen den Positionen der Parteien als auch zu den Positionen der Zivilgesellschaft erkennen.

Aus unserer Sicht sollte die Wahlentscheidung am 27. September Folgendes berücksichtigen:

Das klare Bekenntnis zu den Millenniumsentwicklungszielen und der Armutsbekämpfung sowie den Finanzierungszielen, also bis 2010 0,51 Prozent des BNE und bis 2015 0,7 Prozent des BNE bereitzustellen, ist zentral. Besonders wichtig sind dabei die Sicherung der Ernährung, der Bildung und der Ausbau des Gesundheitswesens in Entwicklungsländern. Innovative Finanzierungsinstrumente wie die Flugticketabgabe und eine Finanztransaktionssteuer sollen eingeführt und die Erlöse für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden.

Andere Politikbereiche sollen mit der Entwicklungspolitik an einem Strang ziehen, und zwar zugunsten der Entwicklungspolitik und der Erreichung der MDG.

Agrarexportsubventionen der Industriestaaten sollen abgeschafft und den Entwicklungsländern eine faire Teilhabe am Welthandel eingeräumt werden.

Bei der Lösung globaler Probleme wie der Weltwirtschaftskrise sollen Entwicklungsländer gleichberechtigt im Rahmen der UN eingebunden werden. Für zahlungsunfähige Staaten soll ein internationales Insolvenzverfahren eingeführt werden.

Deutschland und andere Industriestaaten gehen gegen den Klimawandel an. Sie reduzieren ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Emissionen von 1990. Sie unterstützen die Entwicklungsländer finanziell, damit sie sich an den Klimawandel anpassen können. Die Gelder dafür sollen nicht auf das 0,7-Prozent-Ziel zur Entwicklungsfinanzierung angerechnet werden.

QUELLEN

Wahlprogramm der CDU/CSU:

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf>

Wahlprogramm der SPD:

http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf

Wahlprogramm der FDP:

<http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/FDP-Bundestagswahlprogramm2009.pdf>

Wahlprogramm von Die Linke:

http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/Beschluss_Bundestagswahlprogramm_redTB_revMS_final.pdf

Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen:

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/BTW_Wahlprogramm_2009_290609.pdf

Die Antworten auf unseren entwicklungs-politischen Fragenkatalog finden Sie auf unserer Sonderseite zur Bundestagswahl 2009:

www.deine-stimme-gegen-armut.de/themen/bundestagswahl.html

Das VENRO-Positionspapier „10 Forderungen zur Bundestagswahl 2009 – Die globalen Herausforderungen annehmen“ finden Sie hier:

http://venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/venro_Forderungen-finaldf.pdf

VENRO-MITGLIEDER (STAND: JULI 2009)

action medeor • ADRA Deutschland • Ärzte der Welt • Ärzte für die Dritte Welt • Ärzte ohne Grenzen* • africa action/Deutschland* • Akademie Klausenhof • Aktion Canchanabury • Andheri-Hilfe Bonn • Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland • Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) • Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) • Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie • Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) • ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt • AT-Verband* • AWO International • Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)* • BONO-Direkthilfe • Brot für die Welt • Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI) • Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) • Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung • CARE Deutschland-Luxemburg • Caritas International • Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala • CCF Kinderhilfswerk • Christliche Initiative Romero • Christoffel-Blindenmission Deutschland • Das Hunger Projekt • Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) • Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS) • Deutsche Kommission Justitia et Pax • Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW) • Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) • Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband • Deutsches Blindenhilfswerk • Deutsches Komitee für UNICEF* • Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge* • Deutsches Rotes Kreuz* • DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz • Difäm • Dritte Welt JournalistInnen Netz • Eine Welt Netz NRW • Eine Welt Netzwerk Hamburg • EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst • Evangelische Akademien in Deutschland (EAD) • Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) • FIAN-Deutschland • Gemeinschaft Sant'Egidio • Germanwatch • Handicap International • HelpAge Deutschland • Hildesheimer Blindenmission* • Hilfswerk der Deutschen Lions • humedica • Indienhilfe • INKOTA-netzwerk • Internationaler Hilfsfonds • Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD) • Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer • Islamic Relief Deutschland • Johanniter-Auslandshilfe • Jugend Dritte Welt (JDW) • Kairos Europa • Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie • KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung • Kindernothilfe • Lateinamerika-Zentrum • Lichtbrücke • Malteser International • Marie-Schlei-Verein • materra – Stiftung Frau und Gesundheit • medica mondiale • medico international • MISEREOR • Missionszentrale der Franziskaner* • Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland • NETZ Bangladesch • Ökumenische Initiative Eine Welt • OIKOS EINE WELT • Opportunity International Deutschland • ORT Deutschland • Oxfam Deutschland • Peter-Hesse-Stiftung • Plan International Deutschland • Rhein-Donau-Stiftung* • Rotary Deutschland Gemeindienst* • Salem International • Samhathi – Hilfe für Indien* • Save the Children Deutschland* • Senegalhilfe-Verein • Senior Experten Service (SES) • Society for International Development (SID) • SODI – Solidaritätsdienst-international • Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes • Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) • Stiftung Nord-Süd-Brücken • SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene • Susila Dharma – Soziale Dienste • Swisscontact Germany • Terra Tech Förderprojekte • terre des hommes Deutschland • Tierärzte ohne Grenzen* • TransFair • Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) • Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB) • Weltfriedensdienst • Welthaus Bielefeld • Welthungerhilfe • Weltladen-Dachverband • Weltnotwerk der KAB Deutschlands • Werkhof • Werkstatt Ökonomie • World University Service Deutsches Komitee • World Vision Deutschland • W. P. Schmitz-Stiftung • Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

*) Gastmitglieder

